

Motion: «Gleichbehandlung bei Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger»

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Bei allen Zuzügerinnen und Zuzüger nach Biel eine Gleichbehandlung zu gewährleisten. Das heisst, wenn die Stadtbehörde neuen Einwohnerinnen und Einwohnern Willkommensgeschenke offeriert, dann soll dies bei allen in derselben Form und demselben Umfang geschehen.
2. Für Willkommens-Pakete und / oder -geschenke an Zuzügerinnen und Zuzüger eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen, damit die Gleichbehandlung und die Rechtsgleichheit gewährleistet ist.
3. Langjährigen Bielerinnen und Bielern ein adäquates Treue- oder Jubiläumsgeschenk zu offerieren.
4. Die entsprechende Rechtsgrundlage für Treue- oder Jubiläumsgeschenke (Punkt 3) zu schaffen.
5. Willkommenspakete transparent und in vollem Umfang, inklusive Kostenangaben, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Begründung:

Am 31.05.2017 erschien in der Berner Zeitung online ein Bericht mit dem Titel: «*Biel schnürt Willkommens-Paket für UBS-Mitarbeiter*». Ein Interview vom 14./15. Juni 2017 in einer Wochenzeitung bestätigte dieses Vorhaben, sowie die selbstverständlich auch erfreuliche Nachricht, dass in Biel bald 600 zusätzliche Arbeitsstellen angesiedelt werden sollen. Nach Biel zuziehende Personen sind jedoch alle gleich zu behandeln. Eine Ungleichbehandlung zwischen Angestellten einer einzigen Bank und allen anderen Menschen, welche sich in Biel ansiedeln, würde dem guten Ruf und der Attraktivität der Stadt schaden, weil es eine Art von Wunsch zur Mehrklassengesellschaft zum Ausdruck bringen könnte. Damit dies nicht so verstanden wird, müssen alle Zuzügerinnen und Zuzüger gleichbehandelt werden.

Willkommenspakete werden durch öffentliche Gelder bezahlt. Deshalb soll deren Umfang und Kostenaufwand transparent und der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Die langjährigen Einwohnerinnen und Einwohner Biels sind treue und wichtige Steuerzahler, welche auch grosse Wertschätzung verdienen. Sie setzen sich seit Jahren für die Stadt ein und waren sogar bereit, zum Wohle und für die Attraktivität der Stadt, den Steuerfuss zu erhöhen, damit u.a. der Service Public aufrechterhalten werden kann.

Biel, den 28.6.2017

Dana Augsburger-Brom

Dana Augsburger-Brom,
SP-Juso-Fraktion

Ruth Tennenbaum

Ruth Tennenbaum,
PASSERELLE

S. J. ...
A. ...
S. ...
J. ...
M. ...
T. ...
... the